



Empfehlung Nr. 8/2016

vom 25. August 2016

der Eidgenössischen Postkommission PostCom

an die Post CH AG

in Sachen

Poststelle Aïre GE

Die Post eröffnete der Stadt Vernier mit Datum vom 8. April 2016, dass die Poststelle Aïre geschlossen und durch eine Postagentur ersetzt werden soll. Die Stadt Vernier gelangte mit Schreiben vom 19. April 2016 an die PostCom zwecks Überprüfung dieses Entscheids. Die PostCom behandelte das Dossier an der Sitzung vom 25. August 2016.

I. Die PostCom stellt fest, dass

1. es sich beim strittigen Fall um die Schliessung einer bestehenden Poststelle im Sinne von Art. 34 Postverordnung (VPG) handelt;
2. die Gemeinde als Standortgemeinde der Poststelle eine betroffene Gemeinde im Sinne von Art. 34 Abs. 3 VPG ist;
3. die Eingabe der Gemeinde frist- und formgerecht erfolgt ist:

Die Voraussetzungen zur Anrufung der PostCom sind somit erfüllt.

II. Die PostCom überprüfte insbesondere, ob

1. die Post vor der Schliessung der Poststelle die Behörden der betroffenen Gemeinde angehört hat (Art. 34 Abs. 1 und Abs. 5 Bst. a VPG);
2. eine einvernehmliche Lösung gesucht wurde (Art. 34 Abs. 1 und Abs. 5 Bst. a VPG);
3. die Erreichbarkeit gemäss den Vorgaben von Art. 33 Abs. 4 resp. Art. 44 Abs. 1 VPG nach Realisierung des Entscheids der Post CH AG eingehalten wird (Art. 34 Abs. 5 Bst. b VPG);
4. die Post mit ihrem Entscheid die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt hat (Art. 34 Abs. 5 Bst. c VPG) und die Bedürfnisse von Menschen mit Bewegungsbehinderungen genügend berücksichtigt

- werden (Art. 14 Abs. 7 Bst. a Postgesetz);
5. nach Umsetzung des Entscheids in der betreffenden Raumplanungsregion mindestens eine Poststelle mit dem Angebot der Grundversorgung verbleibt (Art. 33 Abs. 2 VPG);
 6. Die Einhaltung der Zugangsverpflichtung im Bereich des Zahlungsverkehrs nach Art. 44 Abs. 1 VPG überprüft das Bundesamt für Kommunikation BAKOM. Das Resultat seiner Prüfung fliesst in das Verfahren vor der PostCom ein.

III. Die PostCom kommt zu folgender Beurteilung

1. Die Post führte mit der Stadt Vernier zwischen Februar 2013 und März 2016 drei Gespräche über die Zukunft der Poststelle Aire. Anlass für die Aufnahme des Dialogs mit der Stadt Vernier war die bescheidene Nachfrage nach Postdienstleistungen trotz Bevölkerungswachstum und der schlechte Geschäftsgang der Poststelle. Als keine Einigung erzielt werden konnte, eröffnete die Post der Gemeinde mit Schreiben vom 8. April 2016, dass die Poststelle Aire geschlossen und durch eine Postagentur ersetzt werden soll. Mit Schreiben vom 19. April 2016 gelangte die Stadt Vernier an die PostCom mit dem Begehren um Überprüfung des Entscheids der Post. Die Post erstellte zu Händen der PostCom ein Dossier. Die Stadt Vernier nahm am 23. Juni 2016 zum Dossier der Post Stellung. Die PostCom führte keine mündliche Verhandlung mit den Parteien durch.
2. Der Conseil administratif de Vernier zeigte Verständnis, dass sich für die Post aus dem veränderten Kundenverhalten ein Handlungsbedarf ergibt. Er weist aber darauf hin, dass die Poststelle Aire insbesondere für die älteren Einwohnerinnen und Einwohner ein zentrales Element im Quartiersleben sei. Die Umwandlung der Poststelle in eine Postagentur sei ein Verlust für das soziale Leben einer Gemeinschaft. Der Service public werde durch die Umwandlung der Poststelle in eine Postagentur geschwächt. Die 100 Millionen Verlust im Bereich Poststellen und Verkauf (bzw. 110 Millionen für das Jahr 2015) sei im Hinblick auf den hohen Konzerngewinn der Post zu verkraften und rechtfertige deshalb nicht die Schliessung von Poststellen. Die Schliessung der Poststelle ziehe auch die Aufhebung der Postfachanlage nach sich. Die Aufhebung der Postfachanlage führe insbesondere für Gewerbe und Vereine zu Problemen. Zudem befürchtet die Gemeinde, dass das heutige Personal der Poststelle Aire in Folge des Verlustes ihres Arbeitsplatzes wirtschaftliche Nachteile erfahren könnte. Schliesslich verweist der Conseil administratif de Vernier auf die von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete Petition, die die Weiterführung der Poststelle Aire fordert.
3. Vernier ist mit rund 35'300 Einwohnerinnen und Einwohnern die zweitgrösste Stadt im Kanton Genf. Das Gemeindegebiet umfasst eine Fläche von knapp 8 km². In den in der Stadt angesiedelten Unternehmen gibt es über 15'000 Arbeitsplätze. Heute betreibt die Post auf dem Gebiet der Stadt Vernier fünf Poststellen (Vernier, Le Lignon, Aire, Châtelaine und Genève 28 Balexert).
4. Die VPG schreibt vor, dass in jeder Raumplanungsregion mindestens eine Poststelle vorhanden sein muss. In der Raumplanungsregion 2501 (Genf) gibt es mit Stand 30. April 2016 (unter Einrechnung der geplanten Schliessung der Poststelle Aire) 57 Poststellen und 13 Postagenturen (inkl. der in Aire geplanten Postagentur).
5. Die Post will die Poststelle Aire durch eine Postagentur im Kiosk Chez Marie-Jo ersetzen. Der Kiosk befindet sich 30 Meter vom Postlokal entfernt und ist 75 Stunden an sechs Tagen pro Woche geöffnet. Die Postagentur bietet eine breite Palette von Postdienstleistungen an, so dass eine Poststelle nicht mehr regelmässig aufgesucht werden muss. Darüber hinaus gibt es in kürzester Distanz, einen knappen Kilometer von der Poststelle Aire entfernt, die Poststelle Le Lignon. Die Poststelle hat sehr lange Öffnungszeiten (Mo-Fr 8.00-18.00 und Sa 8.00-12.00 Uhr). Dank dem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr gibt es mehrere Verbindungen zur Poststelle Le Lignon. Die Fahrt dauert ungefähr zwei Minuten und es gibt mehrere Verbindungen pro Stunde.

6. Die Postfachanlage bei der Poststelle Aire wurde nach den Angaben der Post unabhängig von der Schliessung der Poststelle bereits auf Anfang April 2016 aufgehoben. Der Kundschaft wurden Postfächer in der Poststelle Le Lignon angeboten. Abhängig von der Anzahl der empfangenen Sendungen ist das Angebot kostenlos bzw. kostenpflichtig. Als Alternative steht die Hauszustellung offen. In einem städtischen Gebiet, in dem die Einstellung der Hauszustellung für Teile der Kundschaft nicht zu befürchten ist, sind aus der Aufhebung einer Postfachanlage somit keine grösseren Nachteile für die Grundversorgung zu erwarten.
7. Die Stadt Vernier argumentiert wie viele andere Gemeinden, dass das Defizit im Bereich Poststellen und Verkauf im Hinblick auf den jährlichen Konzerngewinn der Schweizerischen Post AG nicht die Schliessung von Poststellen rechtfertige oder jedenfalls nicht in dem Ausmass, in welchem die Post heute Poststellen schliesse. Die PostCom hat Verständnis für diese Haltung der Stadt Vernier. Solche Fragen in Zusammenhang mit der Unternehmensführung der Post kann die PostCom aber in Verfahren nach Art. 34 Abs. 1 VPG nicht überprüfen und sie darf diese Aspekte bei der Abgabe ihrer Empfehlung nicht berücksichtigen. Letztlich liegt die Verantwortung hier beim Unternehmen Post bzw. beim Bundesrat. Bezüglich der vom Conseil administratif de Vernier geäusserten Sorge betreffend der beruflichen Zukunft des Personals der Poststelle Aire ist darauf hinzuweisen, dass die Post bei der Schliessung von Poststellen regelmässig zumutbare Lösungen für die von der Schliessung betroffenen Mitarbeitenden der Post sucht.
8. Trotzdem die PostCom den Standpunkt des Conseil administratif de Vernier respektiert, kommt sie in Würdigung aller Umstände, insbesondere im Hinblick auf die gute Agenturlösung und die nahe gelegene Poststelle Le Lignon zur Beurteilung, dass in Vernier nach wie vor eine gute postalische Grundversorgung gewährleistet ist.
9. Die Aufsicht über die Grundversorgung mit Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs obliegt nach Art. 63 Bst. a VPG dem BAKOM. Zur Beurteilung der geplanten Schliessung der Poststelle Aire holte deshalb die PostCom eine Stellungnahme des BAKOM ein. In der Stellungnahme vom 11. Juli 2016 hält das BAKOM fest, dass die Erreichbarkeitsvorgaben nach VPG per Ende 2015 eingehalten wurden. Die Auswirkungen der Poststellenschliessung auf die Erreichbarkeitsvorgabe kann das BAKOM mangels entsprechender Berichterstattungspflicht im Einzelfall nicht beurteilen. In genereller Weise sei zu bemerken, dass die Umwandlung einer Poststelle in eine Agentur je nach Situation der regionalen Postversorgung zumindest für einzelne Haushalte durchaus deutliche Einschränkungen der Versorgungsqualität im Bereich der Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs mit sich bringen könne.

10. Empfehlung

Der Entscheid der Post steht in Einklang mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen und ermöglicht nach wie vor eine gute postalische Grundversorgung im fraglichen Gebiet. Er ist daher nach der Beurteilung der PostCom nicht zu beanstanden.

Eidgenössische Postkommission PostCom

Dr. Hans Hollenstein
Präsident

Dr. Michel Noguét
Leiter Fachsekretariat

Mitteilung an:

- Post CH AG, Wankdorfallee 4, Postfach, 3030 Bern
- Ville de Vernier, CP 520, 1214 Vernier
- Bundesamt für Kommunikation, Sektion Post, Zukunftstrasse 44, Postfach, 2501 Biel
- Département de la sécurité et de l'économie (DSE), Place de la Taconnerie 7, Case postale 3962, 1211 Genève 3

Diese Empfehlung wird auf der Website der PostCom publiziert.

Anhang

„Stellungnahme BAKOM vom 11. Juli 2016 « Remplacement d'un office de poste par une agence postale à Vernier (GE)»



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'environnement,
des transports, de l'énergie et de la communication DETEC

Office fédéral de la communication OFCOM
Division Services de télécommunication et poste
Section Poste

2501 Biel/Bienne, OFCOM_sca

Commission fédérale de la Poste PostCom
Hans Hollenstein
Président
Monbijoustrasse 51A
3003 Berne

Notre référence : 383/1000345032
Votre référence :
Dossier traité par : Annette Scherrer
Biel/Bienne, le 11 juillet 2016

Remplacement d'un office de poste par une agence postale à Vernier (GE): avis de l'OFCOM

Monsieur,

L'OFCOM est compétente pour examiner le respect de l'obligation concernant l'accès aux services de paiement inscrite à l'art. 44, al. 1 de l'ordonnance du 29 août 2012 sur la poste (OPO ; RS 783.01).

En ce sens, et dans le cadre de la procédure prévue à l'art. 34 OPO et menée par la Commission fédérale de la poste (PostCom) en cas de fermeture ou de transfert d'un office de poste ou d'une agence postale, nous vous faisons parvenir notre avis sur le remplacement de l'office de poste d'Aire par une agence postale.

Le mandat de service universel relatif aux services de paiement comprend les prestations énumérées à l'art. 43, al. 1, let. a-e, OPO. En vertu de l'art. 32, al. 3, de la loi du 17 décembre 2010 sur la poste (LPO ; RS 783.0), les prestations du service universel dans le domaine des services de paiement doivent être accessibles de manière appropriée à tous les groupes de population et dans toutes les régions du pays. La Poste organise l'accès en tenant compte des besoins de la population. Elle garantit aux personnes handicapées un accès sans entraves aux services de paiement électronique. PostFinance peut garantir l'accès de différentes manières.

Le Conseil fédéral a inscrit à l'art. 44 de l'ordonnance une obligation en matière d'accès en vertu de laquelle les prestations mentionnées à l'art. 43, al. 1, let. c-e, OPO, doivent être accessibles à 90% de la population résidente permanente en 30 minutes à pied ou en transports publics. L'obligation d'accès est par cette disposition limitée aux prestations en espèces.

Dans le cadre du rapport annuel sur le respect du mandat de service universel dans le domaine du trafic des paiements, la Poste doit fournir à l'OFCOM des données sur l'accessibilité. Pour l'année

Office fédéral de la communication OFCOM
Annette Scherrer
rue de l'Avenir 44, 2501 Biel/Bienne
Tél. +41 58 46 05465, Fax +41 58 46 31824
annette.scherrer@bakom.admin.ch
www.bakom.admin.ch

D/ECM/11929560

Notre référence: 383/1000345032

2015, elle indiquait que les prestations de paiement en espèces dans les offices postaux étaient accessibles en 30 minutes à 97% de la population résidente permanente. Si l'on tient compte du fait qu'un service à domicile est fourni là où il n'existe ni office de poste ni agence postale, l'accès était garanti à 98.5% de la population fin 2015. Les conditions énoncées par l'OPO étaient donc remplies.

Etant donné que la Poste n'a pas d'obligation de fournir des données à ce sujet, l'OFCOM ne dispose pas des informations nécessaires pour se prononcer, dans le cas concret, sur l'effet de la fermeture d'un office de poste au niveau de l'accessibilité.

De manière générale, on constate toutefois que la transformation d'un office de poste en une agence peut, selon la région, engendrer une nette baisse de la qualité de la desserte en matière de services de paiement, au moins pour certains ménages.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Office fédéral de la communication OFCOM



Annette Scherrer

Cheffe de la section Poste